Anpacken.
Zukunft gestalten.
Für Sachsen.

ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

Regierungsprogramm

2009-2014

Gerecht. Innovativ. Solidarisch.

www-spd-sachsen.de

Inhalt

Präambel 3

Gute Arbeit für Sachsen: Wirtschafts- und

Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss. 5

Die beste Bildung für Sachsen: Damit jeder seine

Chance bekommt. 15

Demokratisches Sachsen: Freiheit und Solidarität

leben. 23

Wir bewegen Sachsen. 30

Präambel

Seit fast fünf Jahren tragen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Regierungspartei Verantwortung für Sachsen. Das hat dem Land gut getan. Wir sagen mit Stolz: Es lohnt sich. Wir haben viel für Sachsen erreicht: Wir unterstützen die wirtschaftliche Dynamik und sorgen für gute Arbeit. Wir erhöhen die Bildungschancen der Kleinen und Großen. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir kämpfen energisch gegen alte und neue Nazis. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit in Sachsen. Unsere Politik stärkt die Menschen. Wir tun Sachsen gut.

In Zeiten einer Wirtschafts- und Finanzkrise werden wir weiterhin alles tun, um die Erfolge beim Aufbau unseres Landes zu verteidigen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wenn wir in Sachsen jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, werden wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Wir geben sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Zur Landtagswahl 2004 haben wir den Auftrag erhalten, die Politik in Sachsen zu gestalten. Mit diesem Programm werben wir um die Erneuerung dieses Gestaltungsauftrages. Hier skizzieren wir unsere Vorhaben für die nächste Wahlperiode. Unsere politischen Grundpositionen finden sich im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der SPD Sachsen. Das folgende Regierungsprogramm setzt Schwerpunkte, und macht sie fest an den Politikfeldern, auf welche die sächsische Landespolitik wesentlichen Gestaltungseinfluss hat.

Die Sozialdemokratie ist seit fast 150 Jahren der Motor für Fortschritt, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir wollen eine freie Gesellschaft, in der alle die Möglichkeit haben, ihre Freiheit zu nutzen. Jede und jeder muss teilhaben können – in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Das heißt soziale Demokratie. Zur sozialen Demokratie gehört eine moderne Bildungspolitik, die die Menschen stärkt. Zur sozialen Demokratie gehört die Solidarität mit den Schwächeren und die leistungsgerechte Verteilung des gemeinsam Erwirtschafteten. Zur sozialen Demokratie zählt auch ein Rechtsstaat, der die Freiheit der Menschen in Sicherheit gewährleistet und in dem sich die Menschen im Kampf gegen Feinde der Demokratie einig wissen.

Wir wollen Zukunftschancen für alle, statt Herkunftsvorteile für wenige. Gute Arbeit für Sachsen ist für uns Sozialdemokraten das zentrale Element, um die Mitte unserer Gesellschaft zu stärken. Die Jungen sollen Zukunft haben, die Alten Sicherheit. Der Staat ist dafür verantwortlich, soziale Leitern aufzustellen, Bildung zu ermöglichen und Brücken zu bauen, damit Herkunftsnachteile nicht zu Zukunftsdefiziten werden. Das zeichnet eine Gesellschaft aus, die menschlich ist und ökonomisch erfolgreich zugleich. Eine gerechte, innovative und solidarische Politik ist unser Weg, sozialen Aufstieg zu ermöglichen und unsere Gesellschaft zusammen zu führen.

Wir nehmen die Herausforderungen der Zukunft an. Wir werden auch weiterhin konkrete und machbare Lösungen für die Probleme unserer Zeit formulieren. Wir können in der Krise zwischen Auswegen und Irrwegen unterscheiden. Für Populismus ist bei uns kein Platz. Auch das Lamentieren überlassen wir anderen. Mit Mut und Zuversicht packen wir an. Mit Vernunft und in Verantwortung arbeiten wir zum Wohle Sachsens und seiner Menschen.

Wir erleben heute weltweit die Renaissance einer Wirtschaftspolitik, die auf staatliche Interventionen und Anreize für eine höhere Nachfrage setzt. Der maßlose Casino-Kapitalismus hat sein Ende gefunden. Wer heute noch immer meint, es wäre modern, traditionelle Werte von Anstand, Sorgfalt und Maß über Bord zu werfen, fährt unsere Zukunft sozial, ökonomisch und ökologisch an die Wand. Heute reift die Erkenntnis wieder, dass Mehrwert nur der Mensch schafft. Geld arbeitet nicht. Jene, die anderes behaupten, lassen andere arbeiten und verprassen selbstherrlich, rücksichtslos und maßlos deren Lohn.

Es waren Manager ohne Weitsicht und Banker ohne Verantwortungsbewusstsein, die die Probleme geschaffen haben. Der Staat muss sie nun lösen. Wir werden nicht zulassen, dass all jene, die rechtschaffen leben, die ihre Spargroschen zurücklegen und in der Mitte der Gesellschaft für unser Land arbeiten, nun die Leidtragenden der Krise sind. Es wäre falsch, sich kalt lächelnd und schadenfroh zurückzulehnen. Wir arbeiten an der Lösung der Probleme, die aus der Verantwortungslosigkeit anderer entstanden sind.

Wir wissen: Unsere Gesellschaft braucht einen handlungsfähigen Staat. Nur so haben alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe. Einen handlungsfähigen Staat kann es nur geben, wenn diejenigen mit den starken Schultern ihren Beitrag dafür leisten. Und wenn sie diesen Beitrag nicht als Zumutung, sondern als solidarische Bürgerpflicht empfinden.

Gute Arbeit für Sachsen: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss.

Wichtigstes Ziel unserer Politik ist die Schaffung zukunftsfähiger Arbeit in Sachsen, von der die Menschen leben können. Das geht nur mit regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die nach anständigen Tariflöhnen bezahlt werden. Um die Tarifautonomie der Sozialpartner sichern zu können, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser ist in fast ganz Europa gang und gäbe. Auch Deutschland muss hier endlich nachziehen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Tarifbezahlung, Mindestlohn und sichere, motivierende Arbeitsbedingungen - das ist es, was wir Sozialdemokraten unter Guter Arbeit verstehen.

Dazu braucht Sachsen eine starke Wirtschaft und einen leistungsfähigen Sozialstaat. Beide sind zwei Seiten derselben Medaille, eine moderne Wirtschaftpolitik und eine moderne Sozialpolitik gehören zusammen. Wer wie CDU und FDP nur den Interessenvertretern der Wirtschaft nach dem Munde redet, wer die Starken weiter entlasten und Arbeitnehmerrechte abbauen will, der handelt kurzsichtig und schadet dem sozialen Frieden im Land. Wer wie die Linkspartei immer nur Geld verteilen will und sich nicht darum kümmert, wie es erwirtschaftet werden kann, der handelt ebenso verantwortungslos. Unternehmen und Beschäftigte brauchen keine Klagen und Jammerreden. Unternehmen und Beschäftigte brauchen keine neoliberalen Ideologiekampagnen. Was Unternehmen und Beschäftigten wirklich hilft, das sind konkrete Lösungen für ihre Anliegen. Dafür steht die SPD.

Von der Zusammenlegung der Ressorts Wirtschaft und Arbeit in einem Ministerium hatte man sich vor Jahren die Marginalisierung der Arbeitspolitik erhofft. Unser Staatsminister Thomas Jurk hat aus dieser scheinbaren Not eine Tugend gemacht. Mit seiner Politik haben die unternehmenden und eben auch die arbeitenden Menschen ihre verdiente Anerkennung erfahren. Sein Ministerium ist nun nicht mehr nur das Haus der Wirtschaft, sondern ein Ministerium für Unternehmerinnen und Unternehmer, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften begegnen sich hier auf Augenhöhe.

Die Ergebnisse unserer Politik können sich sehen lassen: Die Arbeitslosenquote ist deutlich gesunken: von 17,8 % im Jahr 2004 auf 12,8 % im Jahr 2008. 1,4 Millionen Menschen in Sachsen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Wir haben im Ausbildungsjahr 2007/2008 erstmals allen Ausbildungsplatzsuchenden ein Angebot

unterbreiten können. Unserem Ziel, Gute Arbeit für Sachsen zu schaffen, sind wir ein großes Stück näher gekommen. Aber wir sind noch längst nicht am Ziel. Noch immer sind viel zu viele Menschen ohne Arbeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen. In unserem Ringen für Gute Arbeit in Sachsen bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit deshalb die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre.

Gute Arbeitsmarktpolitik für Gute Arbeit in Sachsen

Sachsen braucht eine verlässliche Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört die Förderung für Langzeitarbeitslose genauso wie die Einführung von Mindestlöhnen und die Verbesserung der Situation von Leiharbeitern. Wir setzen uns weiter für die Schaffung und den Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze ein. Wir sorgen auch künftig für bestmögliche Qualifizierung. Deshalb fördern wir die Ausbildung für den Beruf in der Schule, im Betrieb, in der Berufsakademie, in der Fachhochschule und der Universität. Uns ist wichtig, dass junge Menschen, aber auch gestandene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Talente entfalten und ihre beruflichen Vorstellungen umsetzen können. Deshalb werden wir Landesmittel und Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds noch stärker auf die Förderung der beruflichen Entwicklung konzentrieren.

Sozialer Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktexperten gehen davon aus, dass es in Deutschland bis zu 400.000 Arbeitslose gibt, die selbst bei guter Konjunktur nur geringe Chancen auf eine neue berufliche Perspektive haben. Diesen Menschen werden bisher sogenannte Ein-Euro-Jobs angeboten. Sie bleiben aber weiterhin auf das Arbeitslosengeld II angewiesen. Zu wenige finden während oder nach diesen Jobs eine reguläre Stelle.

Wir brauchen Alternativen, die eine längerfristige soziale Stabilisierung ermöglichen, die eine sozialversicherungspflichtige Absicherung bieten und gleichzeitig den Hilfebezug beenden. Die Alternativen sollen neue berufliche Perspektiven eröffnen und dürfen bestehende Arbeitsplätze nicht gefährden. Wir müssen den Menschen wieder eine Chance geben, gute Arbeit leisten zu dürfen.

Dabei muss genau unterschieden werden, welche Probleme überhaupt behoben werden sollen. Jüngere Arbeitslose ohne Ausbildung zum Beispiel müssen in erster Linie eine Ausbildung erhalten, um bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen, während ältere Langzeitarbeitslose einfach wieder einen Einstieg brauchen. Und Menschen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, sollen die Zeit bis dahin mit einer sinnvollen Tätigkeit überbrücken können.

Deshalb haben wir mit dem Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes in Sachsen begonnen. Dazu gehören Programme, die Menschen ohne Ausbildung eine zweite Chance für die berufliche Qualifikation bieten, dazu gehören Lohnkostenzuschüsse, die den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt fördern und dazu gehört das Programm "Kommunal-Kombi", dessen Idee von uns in Sachsen geboren wurde. Mit dem "Kommunal-Kombi" haben wir für Langzeitarbeitslose zusätzliche Arbeitsplätze in den Bereichen Kultur, Sport und

Jugendhilfe geschaffen und ihnen so eine längerfristige berufliche Perspektive geboten. Wir haben mit der Bereitstellung erheblicher Landesmittel – mehr als in jedem anderen Bundesland – die Kommunen in die Lage versetzt, den "Kommunal-Kombi" flächendeckend einzuführen. Bis Ende 2009 werden allein in diesem Programm mehr als 7000 Menschen eine mehrjährige Perspektive gefunden haben. Das Begonnene werden wir konsequent fortsetzen, indem wir den sozialen Arbeitsmarkt in Sachsen dauerhaft sichern und ausbauen.

Einhaltung sozialer Standards und gesetzlicher Mindestlohn

Die sächsische Sozialdemokratie kämpft seit 2004 für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Wer den ganzen Tag arbeiten geht, muss soviel verdienen, dass er sich und seine Familie vernünftig versorgen kann. CDU und FDP lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Dabei ist völlig klar: Lohn- und Sozialdumping führen zu hohen Kosten für die Allgemeinheit. Die Aufstockung niedriger Löhne durch das Arbeitslosengeld II wird mit Steuergeldern bezahlt. Auf dem Rücken der Beschäftigten und der Steuerzahler maximieren manche Unternehmen so ihre Gewinne. Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping nützt allen – und gerade auch den seriösen Unternehmen, die ihren Beschäftigten anständige Löhne zahlen und Sozialversicherungsbeiträge leisten.

Für die Einhaltung von tariflichen und sozialen Standards wollen wir auch durch die Einführung einer Tariftreueerklärung ins Vergaberecht sorgen. Wir werden deshalb das sächsische Vergaberecht so ändern, dass tarifliche Bezahlung, Ausbildung und die Einhaltung sozialer Standards bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren hat bundesweit die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugenommen, viele Menschen sind in die Verhältnisse der Leiharbeit geraten. Wir stehen dafür ein, dass reguläre Arbeitsverhältnisse wieder gestärkt werden und die Leiharbeit eine Ausnahmesituation bleibt. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen die gleichen Rechte und den gleichen Lohn wie ihre Kollegen in der Stammbelegschaft erhalten.

Gutes Geld für gute Arbeit ist uns wichtig. Genauso wichtig ist uns, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz wohl fühlen, dass ihre Arbeit anerkannt wird, dass sie Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung erhalten und Beruf und Familie unter einen Hut bringen können.

Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung

Sachsen braucht starke Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür braucht Sachsen die SPD. Seit wir in Sachsen mitregieren, gab es im Bundesrat keine sächsischen Stimmen für Sozialabbau, die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten oder die Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Stattdessen haben wir eine "Arbeitsschutz-Allianz" ins Leben gerufen.

Es reicht uns aber nicht aus, die Forderungen nach Sozialabbau von Union und FDP einfach nur abzuwehren. Gute Arbeit heißt faire und verlässliche Arbeitsbeziehungen zu etablieren. Wir werden für verlässliche Regeln sorgen, damit der soziale Friede in Sachsen gewahrt bleibt. Denn verlässliche Regeln brauchen alle: Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Darum werden wir die betriebliche Mitbestimmung stärken. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst: Sachsen braucht ein neues Personalvertretungsgesetz. Das werden wir durchsetzen, genauso wie Verbesserungen im Betriebsverfassungsgesetz und ein eigenständiges Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz.

Gute Ausbildung

Gute Arbeit in Sachsen heißt auch: genügend gute Ausbildungsplätze. Jeder junge Mensch, der eine Lehrstelle sucht, soll in Sachsen seine berufliche Perspektive bekommen. Die Erfolge unserer Regierungsarbeit können sich sehen lassen: Wir haben die Lücke zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich verkleinert. Und wir haben mit unseren Förderprogrammen die Qualität der außerbetrieblichen Ausbildung verbessert und Anschlussmöglichkeiten zu den Betrieben geschaffen. Die Berufsschulzentren werden wir zu eigenverantwortlichen regionalen Kompetenzzentren ausbauen, die sich auch um Weiterbildung kümmern können. Beim Thema Ausbildung entlassen wir die Firmen nicht aus ihrer Verantwortung. Denn es sind die Unternehmen, die genügend und hochwertige betriebliche Ausbildungsplätze brauchen, um Abwanderung zu verhindern und dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Allen Bestrebungen, den Jugendarbeitsschutz aufzuweichen, erteilen wir eine klare Absage.

Gute Weiterbildung

Um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden, brauchen wir in Sachsen eine neue Kultur der Weiterbildung. Die berufliche Erstausbildung kann in Zeiten der Globalisierung und des ständigen Wandels nicht ein ganzes Erwerbsleben lang tragen. Deshalb werden wir für ein zeitgemäßes Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz und ein Bildungsurlaubsgesetz sorgen, das allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Recht auf eine Woche Bildungsurlaub pro Jahr mit bezahlter Freistellung einräumt.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer

Sachsen braucht die Gleichstellung von Frauen und Männern - in der Arbeitswelt und in allen anderen Gesellschaftsbereichen. Das fängt bei gleicher Bezahlung für Frauen und Männer an und hört bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch lange nicht auf. Wir wollen dabei helfen, dass sich die Leitbilder verändern, dass Frauen die berühmte "Gläserne Decke" durchbrechen und Führungspositionen einnehmen können. Noch gibt es viele eingefahrene Strukturen, die dazu führen, dass viele kompetente und leistungsfähige Frauen in der Arbeitswelt das Nachsehen haben. Um der Wirtschaft ein gutes Beispiel zu geben, setzen wir uns für eine Erhöhung des Frauenanteils in den Führungspositionen der sächsischen Behörden ein. Altersarmut von Frauen, die oft

niedriger bezahlt werden und über gebrochene Erwerbsbiographien verfügen, müssen wir verhindern. Unser Ziel bleibt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Familien Arbeitswelt statt jobgerechte Familien

Gute Arbeit setzt auch eine familiengerechte Arbeitswelt voraus. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzt den Familien und setzt zugleich Impulse für größeren betriebs- und volkswirtschaftlichen Erfolg. Den größten Beitrag dazu leistet eine qualitativ hochwertige, gut erreichbare und bezahlbare Kinderbetreuung, die allen Eltern das Arbeiten in einer flexibilisierten Arbeitswelt ermöglicht. Die sächsischen Unternehmen werden wir weiter darin unterstützen, ihre Teilzeit-Angebote auszuweiten und flexible Arbeitszeiten einzurichten, die im Einklang mit familiären Notwendigkeiten stehen.

Aktives Krisenmanagement und Schutzschirm für Arbeitsplätze

Der globale Abschwung ist eine gewaltige wirtschaftliche Herausforderung auch für Sachsen. Deshalb betreibt unser Minister Thomas Jurk ein aktives Krisenmanagement für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Der Erhalt industrieller Kerne ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunftschancen unserer Regionen. Deshalb muss der Freistaat Sachsen seinen strukturpolitischen Auftrag wahrnehmen und die Arbeit der Schlüsselbranchen sichern. Unser "Schutzschirm für Arbeitsplätze" bezieht aber nicht nur die großen Unternehmen ein. Das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft sind die kleinen und mittelständischen Betriebe. Wir werden für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes und jedes Standortes kämpfen. Wir haben dazu die Liquiditätshilfen für Unternehmen erheblich aufgestockt. Wir werden Beteiligungskapital und zusätzliche Bürgschaften für kleine und mittlere Unternehmen bereitstellen. Unternehmen in Schwierigkeiten erhalten ein weitreichendes Angebot an Umstrukturierungs- und Rettungsbeihilfen.

Die Erfahrung der vergangenen zwei Jahrzehnte hat gezeigt, dass die frühzeitige Einbeziehung von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Betriebsräten für erfolgreiche Rettungsaktionen von entscheidender Bedeutung ist. Gerade deshalb wollen wir das sozialpartnerschaftliche Prinzip zu einem festen Bestandteil bei der Krisenbewältigung, aber auch darüber hinaus machen. Wir schaffen dafür den institutionellen Rahmen und werden das Institut für Innovation und Arbeit (IAS) Sachsen mit Leben füllen.

Die Politik darf sich aber nicht auf Management zur Krisenbewältigung beschränken, sondern sie muss deren Ursachen an der Wurzel packen. Es kann nicht sein, dass die einen die Spekulationsgewinne einstreichen und alle anderen den wirtschaftlichen und sozialen Scherbenhaufen beseitigen müssen. Die Krise ist vor allem das Ergebnis der weltweiten Durchsetzung marktradikaler Politikrezepte, die im Kern die Wirtschaft aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung herauslösen wollen. Hier ist eine Umkehr

dringend nötig: Das internationale Finanzwesen muss reguliert werden, der Staat muss dem Kapitalfluss durch klare und feste Regeln einen Rahmen geben.

Sächsisches Aktionsprogramm für Innovation, Wachstum und Beschäftigung

Neben aktivem Krisenmanagement werden wir auch unsere langfristig angelegte Politik zur Stärkung der Wachstumskräfte für Gute Arbeit in Sachsen beharrlich weiterverfolgen. In einer wissensbasierten und globalen Wirtschaft kommt der Fähigkeit entscheidende Bedeutung zu, als Erster neue Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Wir in Sachsen können und wollen den Innovationswettlauf durch gute Ideen und gut ausgebildete Menschen gewinnen. Stetiger Produktivitätsfortschritt und neue intelligente Produkte können den Weg aus der globalen Kostenfalle ebnen. Damit sichern und schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze.

In Sachsen als historischem Kernland der industriellen Entwicklung in Deutschland hat Innovation eine lange Tradition und ist Fortschritt der Kompass für die Gestaltung unserer Zukunft. Deshalb werden wir die schon heute beachtlichen Potentiale in Forschung und Entwicklung weiter stärken und den Wissens- und Technologietransfer ausbauen. Und deshalb werden wir noch stärker in die Kenntnisse und in die Fähigkeiten der Menschen investieren.

Die zentrale Weichenstellung für eine sächsische Innovationsstrategie hat unser Minister Thomas Jurk mit der Neuausrichtung der EU-Förderung bis zum Jahr 2013 vollzogen. Die Zukunftsstrategie lässt sich auf einen kurzen Nenner bringen: "In die Köpfe der Menschen investieren". Von den 4,1 Milliarden Euro EU-, Bundes- und Landesmittel im Fonds für Regionale Entwicklung haben wir fast die Hälfte auf die Bereiche Innovation, Wissenschaft, Forschung und Bildung konzentriert, zuvor war es nicht einmal ein Drittel. Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt in Sachsen nun deutlich über dem ostdeutschen Durchschnitt. Diese Schwerpunktsetzung werden wir in der kommenden Legislaturperiode noch ausbauen: Wir werden die Initiative für ein sächsisches Aktionsprogramm für "Innovation, Wachstum und Beschäftigung" ergreifen. Dazu holen wir Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft an einen Tisch, um zusätzliche öffentliche und private Investitionen zu mobilisieren.

Zukunftsorientierte Mittelstandspolitik für Gute Arbeit in Sachsen

Nach wie vor zeichnet sich die sächsische Wirtschaft durch einen im Bundesvergleich sehr hohen Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) aus. Deshalb werden wir unsere innovationsorientierte Industrie- und Technologiepolitik besonders auf diese Unternehmen ausrichten. Dazu haben wir unter anderem den mittelständischen

Wachstumsfonds auf den Weg gebracht. Bei der Existenzgründungsförderung kümmern wir uns verstärkt um technologie- und wissensorientierte Gründer.

Vergaberecht: Sächsischen Mittelstand wirksam unterstützen

Bereits heute werden mehr als zwei Drittel der öffentlichen Aufträge an sächsische Betriebe vergeben. Damit sich der sächsische Mittelstand und besonders Klein- und Kleinstunternehmen noch erfolgreicher um öffentliche Aufträge bewerben können, werden wir zusätzliche Hilfestellung leisten und Bürokratie abbauen, um die formalen Hürden herabzusetzen.

Regionales Wachstum: Arbeit und Perspektiven für ganz Sachsen

Die SPD ist mit dem Ziel angetreten, Arbeitsplätze nicht nur um die großen "Leuchttürme" herum, sondern für ganz Sachsen zu schaffen. Mit dem von der SPD initiierten, bundesweit einmaligen Programm "Regionales Wachstum" fördern wir mit 10 Millionen Euro jährlich zusätzlich Klein- und Kleinstunternehmen außerhalb der Ballungszentren. Statt Land gegen Stadt und Groß gegen Klein auszuspielen, werden wir das erfolgreiche Programm verstetigen und das Volumen verdoppeln.

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist aktueller denn je. Mit der SPD in der Regierungsverantwortung hat der Verbraucherschutz in Sachsen einen neuen Stellenwert erhalten. Statt geplanter Streichungen bei der Finanzierung der Verbraucherschutzzentrale Sachsen haben wir die Finanzausstattung sogar noch verbessert. Diese Politik werden wir fortführen: Die verschiedenen Facetten des Verbraucherschutzes wollen wir in einem Ministerium zusammenführen. Die Sammlung von Verbraucherdaten durch private Unternehmen und deren unkontrollierte Nutzung erfordern eine Stärkung der unabhängigen Datenschutzinstanz und eine Modernisierung unseres Datenschutzrechts.

Ökologische Industriepolitik und nachhaltige Energiepolitik

Leben und Wirtschaften müssen so gestaltet sein, dass auch unsere Nachkommen eine gute Zukunft haben — ökonomisch und sozial, ökologisch und kulturell. Einen sorglosen Umgang mit unserem Planeten können wir uns nicht leisten. Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen wird deshalb immer mehr zum Markenzeichen einer erfolgreichen Volkswirtschaft. In der Vergangenheit war Fortschritt vor allem mit quantitativem Wachstum verbunden. Doch der rasche Klimawandel und die Überlastung der Ökosysteme fordern heute die Hinwendung zum qualitativen Wachstum. Es geht um

Klasse statt Masse. Wir brauchen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint.

Effektiver Klimaschutz ist für uns Aufgabe einer Energiepolitik, die sich an der Nachhaltigkeit orientiert. Dazu gehören Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Wir brauchen eine Strategie "Weg vom Öl". Sachsen muss eines der deutschlandweit führenden Länder für moderne Energietechniken werden. Als Stammland der Ingenieurskunst haben wir alle Kraft dazu. Auf dem Weg zum modernen Industrieland Sachsen setzen wir auf drei Säulen: auf Energieeffizienz, auf die Kraft-Wärme-Kopplung und auf die Förderung erneuerbarer Energien für eine sichere Energiepolitik ohne Atomkraft. Alle drei Säulen sind in Sachsen zuhause und müssen nicht importiert werden.

Dabei bleiben wir realistisch. Auf absehbare Zeit werden wir auf die Nutzung fossiler Energieträger nicht verzichten können. Für eine längere Übergangszeit brauchen wir deshalb die heimische Braunkohle. Sie dient uns als Brücke hin zu einer nichtfossilen Energieerzeugung. Damit dies verantwortbar ist, sorgen wir für neue effiziente und umwelt-, vor allem aber klimaschonende Technologien. Zudem machen wir die Netze fit für die diskontinuierliche Einspeisung und stellen geeignete Speichertechnologien bereit. Wir werden dazu die Forschung noch deutlich verstärken.

2007 haben wir ein Energieprogramm für Sachsen vorgelegt. Große Teile des Programms haben wir im Rahmen eines Klima- und Energieaktionsplanes bereits auf den Weg gebracht. Bis 2020 streben wir einen Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 24 % an. Damit die Energiewende gelingt, haben wir die Sächsische Energieagentur SAENA gegründet. Sie unterstützt sächsische Unternehmen, Kommunen, private Haushalte und Schulen bei Fragen, Anliegen und Vorhaben rund um das Thema Energie. Den Landesentwicklungsplan werden wir anpassen, um die notwendigen und richtigen Flächen für Solarkollektoren und Windkrafträder bereitstellen zu können. Unser Ziel ist ein solares Energiezeitalter. Wir haben dazu nun endlich auch aus den USA den "wind of change" im Rücken.

In den Mittelpunkt stellen wir dazu marktbasierte Instrumente, damit Preise endlich die Wahrheit sagen. Wer dagegen die Dinge ihrem Lauf überlässt, dem sogenannten freien Spiel der Kräfte, verursacht hohe Kosten, die unsere Gesellschaft aus dem Gleichgewicht bringen. Eine intakte Umwelt ist ein knappes Gut und die Atmosphäre als Deponieraum für Treibhausgase ist erschöpft. Deshalb setzen wir auf den Emissionshandel in der EU und möglichst bald weltweit.

Forschung und Entwicklung sind ein zentrales Element einer nachhaltigen Energiepolitik. Von der konventionellen Kraftwerkstechnik über innovative Konzepte zur Stromerzeugung bis hin zur Herstellung von synthetischen Kraftstoffen sind wir dank der beiden SPD-geführten Zukunftsministerien für Wirtschaft und Wissenschaft gut aufgestellt. Deshalb ist Sachsen so erfolgreich bei der Entwicklung und Produktion von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien. Wir haben die Ansiedlung des Deutschen Biomasse-Forschungszentrums in Leipzig erreicht. Mit dem "Industriellen

Netzwerk Erneuerbare Energien" haben wir im Februar 2008 eine neue Verbundinitiative gestartet, die vor allem mittelständischen Unternehmen hilft, die Möglichkeiten eines weltweit wachsenden Marktes noch stärker nutzen zu können. Und das hat auch ganz praktischen Wert: In den Technologieförderprogrammen sind für die Förderung neuer innovativer Energietechnologien 20 Millionen Euro reserviert. Im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung haben wir die Mittel für erneuerbare Energien und Klimaschutz auf 51 Millionen Euro verdreifacht, erstmalig werden 27 Millionen Euro zur Steigerung der Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen eingesetzt.

Ökologische Industriepolitik beweist sich aber nicht nur im Energiebereich, sondern überall dort, wo mit der Steigerung von Materialeffizienz und Ressourcenschonung Arbeitsplätze und Wertschöpfung generiert werden. So zeigt sich etwa im Bereich der Fahrzeugtechnologie, beispielsweise bei der Entwicklung verbesserter Batterien für Elektrofahrzeuge, dass die enge Verflechtung von Forschung, Entwicklung, Produktion und Ausbildung von Fachkräften sich als Magnet für zahlreiche Unternehmen und Institute im Hochtechnologiebereich in Sachsen erwiesen hat. Sächsische Unternehmen gehören auf vielen Feldern der Material- und Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien zu den Weltmarktführern.

Durch die gezielte Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden wir Sachsen in den kommenden zehn Jahren zum Zentrum von Umwelt- und Energietechnik in Deutschland und Europa machen.

Moderne Mobilität

Mobilität ist eine Voraussetzung für die freie und selbstbestimmte Gesellschaft. Ohne Mobilität sind eine dynamische Wirtschaft und eine funktionierende Gesellschaft nicht denkbar. Mobilität hat aber auch ihren Preis. Verkehr verursacht neben den unmittelbaren Kosten Lärm, Schadstoffe und einen zunehmenden Landschaftsverbrauch. Diesen negativen Auswirkungen wollen wir mit geeigneten Maßnahmen begegnen.

Um eine leistungsfähige, umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur zu schaffen und zu erhalten, müssen wir die nach wie vor vorhandenen Defizite im Verkehrsnetz abbauen. Vor allem auf der Schiene wollen wir noch deutlich mehr Fahrt aufnehmen. Die Anbindung strukturschwacher, meist ländlicher Regionen an die städtischen Zentren ist für die positive Entwicklung von ganz Sachsen unerlässlich. Die Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Tschechien und Polen gehören dazu. Eine hohe Investitionsquote ist der Garant für die Entwicklung einer modernen und umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur. Und: Wir werden einen neuen Landesverkehrsplan entwickeln, der diesen Ansprüchen gerecht wird.

Wir brauchen mit Blick auf die vielen Fernpendler in Sachsen eine Anschlussregelung für die Pendlerpauschale, die sozial deutlich gerechter ist. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll unabhängig von seinem Einkommen gleich profitieren, und zwar ab

dem ersten Kilometer und egal, ob er oder sie mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Nahverkehr oder dem Auto fährt.

Ein gestiegenes Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein, aber auch hohe Kraftstoffpreise lassen immer mehr Menschen vom Auto auf das Fahrrad umsteigen. Diese vernünftige Entwicklung wollen wir weiter befördern. Wir haben die Investitionen in den Radverkehr massiv ausgebaut und werden hier weiter zulegen. Für den Klimaschutz und die Schonung von Ressourcen spielt außerdem der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine wichtige Rolle. Deshalb ist das Ziel unserer Politik ein attraktiver ÖPNV zu erschwinglichen Preisen, gerade auch im ländlichen Raum. Wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss zu den Orten des Geschehens auch hinkommen können. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines Mobilitätstickets für Menschen mit geringem Einkommen und eines landesweiten Semestertickets für alle sächsischen Studierenden ein.

Zukunftsgerechte Haushalts- und Finanzpolitik

Wir wissen: Spätestens mit Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 muss Sachsen in der Lage sein, ohne besondere Transfers seine Aufgaben zu erfüllen. Das geht nur auf der Grundlage einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur. Die sächsische Haushalts- und Finanzpolitik muss die Voraussetzung dafür schaffen, damit wir künftig ohne Solidarpaktmittel und trotz demografischem Wandel ein leistungsfähiges Gemeinwesen haben. Eine sparsame Haushaltspolitik ist wichtig. Doch sie ist nur dann auch solide, wenn sie gezielte Investitionsschwerpunkte in den Gebieten Innovation, Bildung, Forschung und Technologie setzt.

Mit der Regierungsbeteiligung der SPD ist es erstmals gelungen, Überschüsse im Landeshaushalt zu erzielen, um damit Schulden zu tilgen, einen Generationenfonds aufzulegen und dabei gleichzeitig die Wachstumskräfte zu stärken. Die Finanzausstattung der Kommunen haben wir verbessert und werden das weiter tun. Denn wir verlieren den sozialen Zusammenhalt nicht aus dem Blick: Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck. Sie dient den Menschen und ist Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Die beste Bildung für Sachsen: Damit jeder seine Chance bekommt.

Bildungspolitik ist die nachhaltigste Zukunftspolitik. Bildungspolitik ist aber zugleich auch wirksame und konkrete Politik für soziale Gerechtigkeit. Denn ein erfülltes Leben und sozialer Aufstieg gelingen nur mit hervorragender, also moderner und nachhaltiger Bildung. Und damit sich jeder jede Bildung auch leisten kann, ist es unser Ziel, Bildung von der Kita bis zur Uni nicht nur gut, sondern auch kostenfrei zu machen. Wir werden Sachsen zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland machen und dafür sorgen, dass es auch in Europa und der Welt vorne mitspielt.

Zur Bildung gehört für uns auch: Demokratie erlernen durch Erfahrungslernen von Kindheit an. Demokratie muss bereits in der Kita, aber vor allem in Schule und Hochschule erlebbar sein. Die Demokratisierung der Bildungsinstitutionen ist zwingende Voraussetzung für die Vermittlung demokratischer Werte und eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Deshalb brauchen wir die Förderung der Lehrer, Eltern- und Schülervertretungen im Sinne echter Partizipation. So gewinnen junge Menschen den selbstbewussten Willen zur Teilhabe im politischen Raum, an demokratischen Hochschulen und nicht zuletzt auch in unseren Betrieben.

Jeder Mensch zählt. Jeder Mensch ist gleich wichtig. Wir können und dürfen auch in Sachen Bildung niemanden zurücklassen. Das können wir uns nicht leisten: weder moralisch noch sozial, weder politisch noch ökonomisch.

Frühkindliche Bildung

Kindertageseinrichtungen für alle

Ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungsbiografie, für echte Chancengleichheit und ein gelingendes Leben liegt in der frühkindlichen Bildung. Hier werden die Begabungen unserer Kinder gezielt gefördert, hier werden Chancen eröffnet und Nachteile ausgeglichen. Im Vordergrund stehen für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer das Glück und das Wohlergehen des Kindes. Deshalb geht es um altersgerechte Bildung, die die spezifische Neugier der Kinder in ihren unterschiedlichen Lebensphasen aufgreift. Glück und Neugier sind einander bedingende Bildungsvoraussetzungen, die durch gute Bildung erhalten und gestärkt werden. Unsere Kinder sind keine Lernmaschinen, deshalb brauchen sie Zuwendung und Aufmerksamkeit.

Kindertageseinrichtungen leisten dabei familienergänzend eine wichtige Bildungs- und Erziehungsarbeit. Sie unterstützen die Mütter und Väter in ihrer Erziehungsverantwortung und arbeiten mit diesen zusammen, um den Kindern gute Startchancen zu ermöglichen. In den ersten Lebensjahren werden die grundlegenden Voraussetzungen für die nachfolgenden Lern- und Bildungsprozesse junger Menschen geschaffen. Die Entscheidung für den Besuch einer Kindertageseinrichtung darf deshalb nicht von der Erwerbssituation der Eltern abhängig sein. Wir werden allen Kindern einen Platz in einer Kindertagesstätte garantieren. Deshalb stehen wir für die Ausweitung des Rechtsanspruchs und werden die Kommunen bei der Einrichtung zusätzlicher Krippenplätze unterstützen.

Personalsituation Kindertageseinrichtungen

Von der Anzahl und der Ausbildung der Fachkräfte in den Kitas hängt es ab, in welchem Ausmaß auf die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Kinder eingegangen werden kann. Auch deshalb setzen wir uns dafür ein, dass mehr Männer den Beruf des Erziehers ergreifen. Mit der Einführung des Bildungsplanes haben wir die Qualitätsanforderungen in unseren Kindertageseinrichtungen erhöht. Eine Verbesserung des Personalschlüssels ist bisher an der CDU gescheitert. Wir setzen uns weiter für eine schrittweise Absenkung bis zu einem Betreuungsverhältnis von eins zu sieben in den Kindergärten ein. In der nächsten Wahlperiode werden wir die Grundlagen dafür schaffen, dass unsere Kinder noch besser in Kinderkrippen, Kindergärten und im Hort betreut und gefördert werden.

Um den gestiegenen pädagogischen Anforderungen im vorschulischen Bereich gerecht zu werden, wollen wir allen Erzieherinnen und Erziehern eine akademische Ausbildung ermöglichen und dafür weitere Studiengänge einrichten.

Kita frei ab drei

Wir haben in Sachsen mit der verbindlichen Einführung des Bildungsplanes und dem gesondert geförderten Schulvorbereitungsjahr wichtige Weichen dafür gestellt, dass Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen qualifiziert werden. Seit diesem Jahr ist dieses letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei. Wir wollen auch die Beiträge für das erste und zweite Kindergartenjahr abschaffen. Denn Kindertagesstätten sind auch Bildungseinrichtungen, und Bildung muss für alle zugänglich und kostenfrei sein. Wir werden schrittweise – von den Ältesten zu den Jüngsten – dafür sorgen, dass der Besuch von Kindergärten und Kinderkrippen beitragsfrei wird.

Schulische Bildung

Sachsen braucht eine neue Schul- und Lernkultur

Unser gegliedertes Schulsystem ist ein Relikt des vordemokratischen Ständestaates, der die Pfründe der Herrschenden und Besitzenden sichern wollte. In der alten Bundesrepublik war es dann die Arroganz einer mit Fachkräften gut versorgten Wirtschaft, die an einem herkunfts- und nicht leistungsbezogenen Selektionsmechanismus in viel zu jungen Jahren festhielt. Es war keine gute Idee, diesen Systemfehler nach der friedlichen Revolution auf Sachsen zu übertragen.

Dieses System der Vergangenheit kann heute junge Menschen nicht mehr auf die Zukunft vorbereiten. Auch der Freistaat Sachsen muss die modernsten Erkenntnisse über Lernen und Entwicklung nutzen. Nachhaltige Bildung heißt für uns, unsere jungen Menschen stark zu machen für das Leben in einer wissensbasierten, offenen und freien Gesellschaft. Das geht nicht mit Wissensbevorratung und Instruktion. Schulen müssen unsere jungen Menschen vor allem auf zwei Aufgaben vorbereiten: selbständig zu lernen und selbst Verantwortung zu übernehmen. Dies wird besser in einer Schule gelingen, die selbst offen ist für Lernprozesse und die selbst Verantwortung übernimmt.

Wir haben mit der "Gemeinschaftsschule" den Weg für einen Wechsel vom angeleiteten zum selbstbestimmten Lernen geebnet. Das Modell ist erfolgreich, das zeigen die positiven Erfahrungen, die Kinder, Eltern und Kommunen mit ihren Gemeinschaftsschulen gemacht haben. An diese Erfolge werden wir anknüpfen. Unser Ziel ist es, neben den Mittelschulen und Gymnasien die Gemeinschaftsschulen als innovative Bildungseinrichtungen gesetzlich zu verankern und so einen Bildungsweg zu ermöglichen, der bessere Leistungen und mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Schulsystem verwirklicht.

Sachsen braucht verantwortliche Schulen

Deshalb werden wir den Schulen die Verantwortung für die erfolgreiche Gestaltung differenzierter, ja individueller Bildungsprozesse übertragen. Das nimmt den Staat nicht aus der Verantwortung. Im Gegenteil wird er diese in Zukunft dadurch wahrnehmen, dass er die Schulen verlässlich und ausreichend mit Ressourcen ausstattet, dass er die Bildungsziele und Standards verbindlich vorgibt und dass er den Schulen die nötige Unterstützung gibt, wo immer sie diese brauchen. Wir werden dafür sorgen, dass der Staat die Schulen, die Schulträger, die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler nicht mehr gängelt, sondern unterstützt. Ein SPD-geführtes Kultusministerium wird die bundesweiten Bildungsziele und Standards in Sachsen mit Leben erfüllen. Denn der Wechsel der Schule darf weder innerhalb Sachsens noch beim Umzug der Familie in ein anderes Bundesland ein Problem für unsere Kinder sein.

Allen Marktmodellen im Bereich der Schulen und der Bildung erteilen wir eine klare Absage. Unsere Kinder und deren Bildung sind keine Waren. Und auch die staatszentralistischen Modelle der Linken und der CDU weisen wir zurück: Bildung braucht Freiheit, in der sie sich entfalten kann. Und sie braucht staatliche Absicherung, um ihre Freiheit zu verwirklichen.

Sachsen braucht eine Schule für alle

Wir wollen eine Schule, die individuell fördert. Wir schaffen mit der neuen Schul- und Lernkultur und der Verantwortungsübertragung an die Schulen auch die Voraussetzungen, dass Schulen dies tatsächlich können: Im selbstbestimmten, lehrerbegleiteten Lernen liegt individuelle Förderung in der Natur der Sache und ist so die Regel. Das Aussortieren der Kinder nach der vierten Klasse muss der Vergangenheit angehören. Die Zukunft gehört der Gemeinschaftsschule. Sie ist der beste Ausgangspunkt für eine berufliche Perspektive oder eine gymnasiale Ausbildung nach der zehnten Klasse.

Das heutige System von Förderschulen und Förderschulzentren ist ein Auswuchs des gegliederten Schulsystems in Sachsen, das wir schrittweise überwinden wollen. Menschen mit Lernschwächen und Behinderungen können an unseren Gemeinschaftsschulen genauso gut unterrichtet und viel besser integriert werden. Auch deshalb brauchen wir eine Stärkung der Schulen und des pädagogischen Personals durch Förderschulkräfte, Sozialpädagogen und Schulpsychologen.

Sachsen braucht eine chancengerechte Schule

Bildung ist ein entscheidender Faktor für privaten Wohlstand und sozialen Aufstieg. Deshalb kommt gerade der frühkindlichen und schulischen Bildung eine Schlüsselrolle zu, um niemanden zurückzulassen und Benachteiligungen jedweder Art abzubauen. Auch mit neuer Lernkultur und individueller Förderung werden wir dies nur dann leisten können, wenn die Schule für die Heranwachsenden ein anregungsreicher Lebensraum ist. Wir brauchen Ganztagsschulen, die diesem Anspruch gerecht werden, die Sport und Musik, Lernen und Freizeit rhythmisch verbinden. Wir haben dafür gesorgt, dass in unserer Regierungszeit Ganztagsschulangebote mit 135 Millionen Euro gefördert wurden. Doch diese Angebote sind nur ein erster Schritt: Noch immer bestimmen Vormittagsstress und nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung den Schultag unserer Kinder. Wir werden das gesamte Potenzial der Ganztagsschule nutzen und so kurzweilige und erkenntnisreiche Schultage gestalten, in denen sich Lernen und Freizeit abwechseln.

Aber wir müssen auch die Mauern im Bildungssystem niederreißen, welche den freien Zugang zu Bildungsangeboten verwehren. Da ist zunächst die höchste Mauer – wie hoch mag sie wohl für die Kleinen im Alter von 10 Jahren wirken – die sogenannte Bildungsempfehlung, die in Wirklichkeit eine herkunftskonforme Zugangsberechtigung für das Gymnasium ist. Wer an dieser Hürde reißt, trifft danach auf eine nur punktuelle Durchlässigkeit des heutigen Schulsystems. Zur Chancengerechtigkeit gehört für uns auch die 2. oder 3. oder x. Chance. Wir werden dafür sorgen, dass jeder zu jeder Zeit einen Schulabschluss nachholen kann. Kinder mit Migrationshintergrund müssen unsere

besondere Aufmerksamkeit erfahren. Sie dürfen nicht wegen mangelnder Deutschkenntnisse besonderen Benachteiligungen unterliegen.

Schulen können auch sozial ausgleichen. Jedes Kind in Sachsen braucht ein warmes und gesundes Mittagessen. Wir wollen Schulen und Schulträger dabei unterstützen, hierfür geeignete Räume und Zeiten bereitstellen zu können. Um soziale Ausgrenzung zu vermeiden, muss das gemeinsame Mittagessen für alle Kinder kostenfrei sein. Dafür werden wir schrittweise die notwendigen Mittel bereitstellen.

Sachsen braucht eine kostenfreie Schulbildung

Derzeit können Schüler ihren Eltern richtig teuer zu stehen kommen. Es darf nicht sein, dass junge Menschen nicht an Schulfahrten teilnehmen können oder auf Almosen angewiesen sind, weil die Eltern schon die Lernmittel nicht bezahlen können. Wir werden im Zusammenhang mit der Verantwortungsübertragung an die Schulen eine wirkliche Lernmittelfreiheit durchsetzen. Dazu werden wir für eine verlässliche Ausstattung der Schulen durch die Schulträger sorgen.

Kostenfreie Schulbildung umfasst auch den Schulweg. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Schülerbeförderung grundsätzlich kostenfrei ist.

Sachsen braucht ein dichtes Schulnetz

Schulen sind keine Lehranstalten, sondern gehören oft zum kulturellen Lebensnerv der Kommunen. Deshalb war die drastische Schulschließungspolitik der CDU, die wir in dieser Legislatur immerhin bremsen konnten, von Anfang an nur eine höchst unzulängliche Antwort auf die demografische Entwicklung. Aber wer an der alten Schulkultur und dem streng gegliederten Schulsystem festhält, kann auch keine kreativen Antworten geben, selbst wenn die Bürgermeister der betroffenen Kommunen noch so sehr vor der Abwanderung junger Familien und kulturellen Austrocknung ländlicher Regionen warnen.

Wir nehmen diese Warnungen ernst und haben mit der Gemeinschaftsschule und den Möglichkeiten der verantwortlichen Schulen, beispielsweise durch Verzicht auf starre Vorgabe von Schul- und Klassengrößen, die richtigen Mittel, um in Zukunft Schulstandorte zu erhalten und lange Fahrzeiten unserer Kinder zu vermeiden.

Lehrerinnen und Lehrer stärken

Gerade weil es aufgrund der demografischen Entwicklung heute so scheint, als hätten wir zu viele Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen, kann sich das in spätestens zehn Jahren ins Gegenteil verkehren. Viel zu wenige junge Menschen wollen den Lehrerberuf ergreifen, viel zu viele junge Lehrer werden mit Geld und Verbeamtung in andere Bundesländer abgeworben. Wir brauchen aber nicht nur genügend Lehrerinnen und Lehrer, wir wollen auch die besten. Deshalb sieht unser Maßnahmenpaket zur Sicherung der Lehrerversorgung Neueinstellungen sowie eine verstärkte Studienberatung und die Unterstützung der Lehrerbildungszentren vor. Wir wollen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Motivation und des Ansehens des Lehrerberufs. An unseren

modernen und verantwortlichen Schulen werden Lehrer ihrem Berufsethos folgen können. Die Lehrerbildung in Sachsen werden wir flexibler gestalten, indem künftig für Schulstufen statt Schularten und für Fachbereiche statt Fächer ausgebildet wird.

Sachsens Schulen brauchen eine gute Ausstattung

Auch wenn in der Vergangenheit viele Schulen saniert wurden, bleibt der Bedarf für Schulbaumittel groß. Um dem veränderten Charakter der Schulen Rechnung zu tragen, werden wir die Schulbau- und Raumprogrammempfehlungen des Freistaates Sachsen gründlich überarbeiten. Aber nicht nur die bauliche Hülle, sondern auch die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln bedarf einer Neubewertung. Computer gehören nicht in Kabinette weggeschlossen. Moderne Medien sind in ihren Potenzen für die Schulen längst nicht erschlossen. Gerade im Zuge der Durchsetzung der Lernmittelfreiheit werden wir moderne Lernmittelkonzepte unterstützen.

Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien

Mit uns: Keine Studiengebühren!

Für sächsische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass der Zugang zu Bildung jeder und jedem unabhängig von den sozialen und materiellen Voraussetzungen ermöglicht werden muss. Studiengebührenfreiheit ist eine Frage des chancengleichen Zugangs zum Studium. Wir wollen Gute Bildung kostenfrei für alle von der Kita bis zur Hochschule. Wir haben im Hochschulgesetz die Studiengebührenfreiheit erstmals gesetzlich verankert. Damit haben wir durchgesetzt, dass das Erststudium vom Bachelor bis zum Master gebührenfrei bleibt. Auch künftig gilt: Nur mit der SPD in der Regierung bleibt Sachsen studiengebührenfrei.

Qualität der Lehre sichern – Ausbau unseres Programms "Verbesserung der Studienbedingungen"

Wir haben in dieser Legislatur seit 2005 pro Jahr 12 Millionen Euro für die Verbesserung der Studienbedingungen bereitgestellt und damit die Bibliotheken gestärkt und die Betreuung verbessert. Wir werden das Programmvolumen mindestens verdoppeln und schrittweise auf 40 Mio. Euro pro Jahr ausbauen. Wir werden uns an einem bundesweiten Hochschulpakt zur Schaffung von zusätzlichen Studienplätzen beteiligen, weil wir möglichst vielen jungen Menschen in Deutschland die Möglichkeit eines Studiums eröffnen wollen. Sachsens Hochschulen sind offen für ausländische Studierende. Wir unterstützen sie mit Stipendien und Integrationsmaßnahmen. Sachsen Hochschulen sollen weltoffen sein.

Ausbildungsförderung

Für die SPD ist BAföG ein zentrales Instrument, um im Bildungssystem Chancengleichheit herzustellen. Die Erhöhung der BAföG-Sätze und die stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung waren richtige Schritte, um jungen Menschen unabhängig von der Finanzkraft des Elternhauses den Weg zu einem Studium durch die Finanzierung des Lebensunterhaltes zu eröffnen. Mittelfristig wollen wir das BAföG weiterentwickeln. Wir brauchen längerfristig ein Ausbildungssystem aus einem Guss, was nicht mehr zwischen Aus- und Weiterbildung trennt und tatsächlich elternunabhängig ist. In einem ersten Schritt wird sich die SPD für die Anhebung der Altersgrenze für Bafög über das 30. Lebensjahr sowie für die Stärkung des Schüler-Bafögs einsetzen.

Hochschulen sollen im Rahmen ihrer Kapazitäten ihre Studierenden selbst auswählen. Junge Menschen sollen entsprechend ihrer Befähigung und Motivation selbst entscheiden können, ob sie sich ein Studium zutrauen. Wir brauchen auch an den Hochschulen Menschen mit unterschiedlichen Begabungen und Bildungsbiografien und wollen jedem Bildungschancen eröffnen. Deshalb soll auch jeder studieren können, der es sich zutraut und die nötigen Voraussetzungen mitbringt, auch ohne Abitur. Der Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang muss offen gestaltet werden. Im neuen Hochschulgesetz und im Berufsakademiegesetz haben wir festgeschrieben, dass eine erfolgreich abgeschlossene Meisterprüfung zum Studium berechtigt. Wir wollen auf diesem Weg vorangehen und sichern, dass über die berufliche Ausbildung erworbene Kompetenzen für Personen verlässlich angerechnet werden.

Demokratische Hochschulen

Die sächsischen Hochschulen sind demokratische Institutionen in einem demokratischen Land.

Auch wenn mehr finanzielle Selbstbestimmung der Hochschulen zu Teilen managementartige Entscheidungsstrukturen braucht, ist für Sozialdemokraten klar: Hochschulen sind keine Wirtschaftsunternehmen, und der Wettstreit in der Wissenschaft ist kein ökonomischer Wettbewerb. Die, die solches behaupten und den Hochschulen aufzwingen wollen, verstehen nichts von Wissenschaft und von Ökonomie schon gar nicht.

Studierende haben zwar Anspruch auf eine gute Lehre und Betreuung, sie sind aber keine Kunden, auch deshalb zahlen sie kein Eintrittsgeld. Sie sind vielmehr ebenso wie die Lehrenden Mitglieder der Hochschule und als solche bei allen wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Die Verschlankung von Entscheidungsprozessen im neuen Hochschulgesetz darf und wird nicht zu weniger Beteiligung aller Mitglieder der Hochschule führen. Dem Senat kommt hierbei die entscheidende Rolle zu. Die Mitarbeit

und Mitbestimmung in der studentischen Selbstverwaltung wird daher auch in Form von Urlaubssemestern und beim BAföG berücksichtigt.

Den Hochschulen kann im gesellschaftlichen Diskurs nur dann eine Vorreiterrolle zukommen, wenn sie sich nach innen und außen als demokratisch organisierte Wissenschaftsgemeinschaft bewährt. Hier sind nicht zuletzt auch die Hochschulen und ihre Mitglieder selbst gefordert.

Förderung des Fachkräfte- und Wissenschaftlernachwuchses

Wenn wir dem vorhersehbaren akademischen Fachkräftemangel entgegen wirken wollen, dann müssen wir mehr sächsischen Jugendlichen den Weg zum Abitur ermöglichen. Mit unserer Schul- und Sozialpolitik wird uns dies gelingen. Mit der ausdifferenzierten Vielfalt unserer Hochschulen bestehend aus Berufsakademien mit ihrer besonderen Anbindung an die Berufswelt, Fachhochschulen und Universitäten machen wir in allen Regionen Sachsens hervorragende Angebote für künftige Fachkräfte. Wir werden unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch attraktiver für Studierende und wissenschaftliche Nachwuchskräfte aus dem Ausland machen. Wir wollen die Juniorprofessuren für die Hochschulen und die Nachwuchskräfte attraktiver machen.

Wir wollen mehr jungen Frauen einen Weg in die Hochschulen und auf der wissenschaftlichen Karriereleiter ermöglichen. Wir wollen außerdem den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich steigern. Dazu werden wir den, mit Wiedereinstiegsstipendien, Mentoring-Programmen, der Verankerung des Gleichstellungsauftrages im Hochschulgesetz und der finanziellen Unterstützung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

Die sächsische SPD wird den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Sachsen weiter ausbauen. Sachsens Zukunft liegt in der Kreativität seiner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Neue Ideen und Produkte können nur entstehen, wenn die Grundlagen- und die anwendungsnahe Forschung zielgerichtet gestärkt werden. Dazu bedarf es exzellenter Nachwuchswissenschaftler, aber auch bester Rahmenbedingungen. Wir wollen in Sachsen kontinuierlich die Voraussetzungen für eine exzellente Forschungslandschaft schaffen. Wir werden alle Möglichkeiten des Bundes (Exzellenzinitiative) und der Europäischen Union (einschließlich ESF und EFRE) nutzen. Wir werden die enge Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft nach Kräften unterstützen. Wir schaffen einen Forschungsfonds mit einem Volumen von mind. 250 Millionen Euro, der schnell und flexibel auf neue Anforderungen und Erkenntnisse der Wissenschaft reagieren und die Anwerbung exzellenter Wissenschaftler/innen befördert kann. Wir werden dazu den neu geschaffenen Innovationsbeirat der beiden Zukunftsministerien einbinden und seine Beratungsleistung nutzen.

Demokratisches Sachsen: Freiheit und Solidarität leben.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität waren im historischen Kernland der Sozialdemokratie immer lebendig. Im Herbst 1989 nahm die Massenbewegung für Freiheit und Demokratie in Sachsen ihren Ausgang. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig gaben den Menschen in der DDR Mut und die friedliche Revolution erfasste das ganze Land.

Den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution und des demokratischen Neuanfangs wollen wir gebührend feiern. Gemeinsam werden wir uns erinnern, die historischen Ereignisse würdigen und die mutigen Menschen von damals ehren. Wir wollen aber auch nach vorn schauen und Wege eröffnen, unser demokratisches Gemeinwesen weiter zu stärken und auszubauen.

Wir wollen ein Land mutiger Demokratinnen und Demokraten sein. Den Feinden von Freiheit, Demokratie und Solidarität sagen wir den Kampf an. Für Nazis darf in unserem Sachsen kein Platz sein – weder auf den Straßen, noch in den Parlamenten. Sachsen muss klare Kante zeigen: gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, gegen Intoleranz, Gewalt und Hass. Wir werden unsere Freiheit mit den Mitteln der Demokratie verteidigen.

Aus unserer Erfahrung wissen wir: Rechtsextremismus kann nicht als gesellschaftliche Randerscheinung abgetan werden. Rechtsextreme Auffassungen und Verhaltensweisen sind nicht nur ein Problem der Jugend, des Ostens oder einer besonderen sozioökonomischen Lage. Sie reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft.

Wir wollen ein Land guter Nachbarn sein. Bürgerschaftliches Engagement in all seinen Facetten hält unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt zusammen. Wir wollen alle dazu ermutigen, füreinander da zu sein. Die vielen tausend Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihrer Freizeit engagieren, machen Sachsen stärker. Wir werden sie tatkräftig unterstützen.

Mehr Demokratie wagen bedeutet für uns mehr Mitwirkung in den Gemeinden. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich in kommunale Parlamente wählen zu lassen, aber auch die Möglichkeiten der direkten Demokratie stärker zu nutzen. Deshalb wollen wir die Quoren für Volksbegehren absenken. Demokratie bedeutet auch Transparenz der öffentlichen Verwaltung und politischer Prozesse: Deshalb werden wir uns für ein sächsisches Informationsfreiheitsgesetz einsetzen. So können sich Bürger und Verwaltung auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Wir wollen ein Sachsen, das allen eine gute Heimat sein kann. Bei uns in Sachsen ist jeder willkommen. Dazu braucht Sachsen ein friedliches Zusammenleben und gelebte Solidarität, Toleranz und gegenseitigen Respekt.

Sicherheit in Freiheit

Wir wollen Vertrauen dafür schaffen, dass ein Leben ohne Furcht und Angst auch in Zeiten des Umbruchs und einer sich immer wieder wandelnden Sicherheitslage möglich ist. Wir stehen dabei für eine Sicherheitspolitik mit rechtsstaatlichem Augenmaß. Wir werden auf Bedrohungen durch Terror und Kriminalität angemessen reagieren. Wir setzen uns zugleich für die Wahrung der Bürger- und Freiheitsrechte ein. Den offenen Charakter unserer Gesellschaft werden wir nicht der Illusion einer Sicherheitsgesellschaft opfern.

Wir müssen die in diesem Jahrzehnt verabschiedeten Änderungen der Sicherheitsgesetze kritisch überprüfen. Gesetze, die Grundrechte einschränken, aber keinen Nutzen in der Verbrechensbekämpfung zeigen, werden wir entsprechend ändern und unverhältnismäßigen Befugniserweiterungen konsequent entgegentreten.

Wir müssen nicht die Strafen, sondern den Verfolgungsdruck erhöhen. Immer neue Sicherheitsgesetze oder Sicherheitstechnik sind kein Ersatz für fehlende Polizisten. Als Sozialdemokraten setzen wir in erster Linie auf die Menschen, die täglich für unsere Sicherheit einstehen. Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch auf Innere Sicherheit und unsere Polizei einen Anspruch auf Anerkennung, gerechte Bezahlung und anständige Arbeitsbedingungen. Ausstattung und Ausrüstung müssen dem Stand der Technik und den polizeilichen Anforderungen voll entsprechen. Eine angemessene Präsenz der Bundespolizei, insbesondere im grenznahen Raum, halten wir für dringend geboten.

Mit gerechter Sozialpolitik und aktiver Präventionsarbeit bekämpfen wir die Ursachen von Kriminalität und Gewalt. Wir werden regionale Präventionsräte und Initiativen zur Kriminalitätsvorbeugung unterstützen und den neuen Landespräventionsrat kontinuierlich fortentwickeln. Wir lassen auch die Opfer von Straftaten nicht allein. Sie brauchen neben einem effektiven Zeugen- und Opferschutz aktive Hilfe und Begleitung. In Polizei und Justiz werden wir die Sensibilität für die Situation von Opfern und Zeugen weiter erhöhen und den Täter-Opfer-Ausgleich ausbauen. Wirksamer Opferschutz bedarf auch umfassender Prävention und effektiver Resozialisierung.

Häufig sind es Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt werden. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Gewaltschutzgesetzgebung. Dazu gehört die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans gegen häusliche Gewalt. Wir brauchen ein dichtes Netz von Beratungs-, Unterbringungs- und Hilfsangeboten für die Betroffenen. Zum Schutz unserer Kinder vor Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch werden wir ein 'Frühwarnsystem' aufbauen, bei dem Ärztinnen und Ärzte, Jugend- und Gesundheitsämter, Kindertageseinrichtungen, Schulen sowie Polizei und Justiz eng vernetzt werden. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen mit einem verbindlichen Einladungswesen können helfen, Defizite in der Entwicklung der Kinder festzustellen.

Wir werden Kriminalität in all ihren Facetten energisch bekämpfen: Wir wollen durch das Anti-Korruptionsgesetz korruptes Verhalten schon im Ansatz verhindern. Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Schutzgelderpressung, Kfz-Verschiebung und Produktpiraterie machen an Ländergrenzen nicht Halt. Wir werden daher die Kooperation der sächsischen Polizei und Justiz sowohl mit der Bundespolizei und dem Zoll als auch mit tschechischen und polnischen Sicherheitsbehörden erheblich ausbauen.

Polizei und Verfassungsschutz werden in ihren Kernkompetenzen gestärkt, wenn polizeiliche und nachrichtendienstliche Arbeit voneinander getrennt bleiben. Die unabhängige Justiz als dritte Säule unseres Rechtsstaates die unabdingbare Voraussetzung einer offenen Gesellschaft. Jeder Einflussnahme der Exekutive auf Entscheidungen der Justiz werden wir uns entgegenstellen. Richtern und Staatsanwälten müssen dieselben Mitbestimmungsrechte zustehen wie allen anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Die Justiz kann effektiven Rechtsschutz nur gewähren, wenn sie schnell entscheiden kann. Deshalb werden wir die Voraussetzungen für eine Verkürzung der Verfahrenszeiten schaffen und die Justiz personell stärken, insbesondere die Sozialgerichte. Bei all dem gilt: Der Zugang zu den Gerichten darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

Zusammenhalt und Toleranz

Wir wollen Vielfalt statt Einfalt. Wir Sachsen haben stolze Traditionen. Eine davon heißt Toleranz. Wir Sozialdemokraten fühlen uns dieser Tradition besonders verpflichtet. Wir haben Respekt vor verschiedenen Lebensentwürfen und Kulturen. Sie haben ihren selbstverständlichen Platz in Sachsen und dürfen nicht benachteiligt werden.

Sachsen braucht ein weltoffenes und tolerantes Klima. Denn das ist der beste Schutzschirm gegen Vorurteile, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Darum hat die SPD in der Regierungskoalition das Programm "Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz" erstritten und umgesetzt. Seit 2005 hat der Freistaat mit diesem Programm hunderte Projekte gefördert, die unsere demokratische Kultur und die freiheitlich-demokratische Grundordnung stärken. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass die sächsischen Projekte gegen Rechts auf soliden Füßen stehen und das Landesprogramm auf Dauer angemessen mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

Wir unterstützen die Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens.

Die sächsische SPD wird den Einsatz für Demokratie und den Kampf gegen Rechtsextremismus zu einem Querschnittsthema der Politik machen. Wir wollen dazu ein Aktionsprogramm der Staatsregierung auf den Weg bringen, welches die entscheidenden Bereiche von Politik und Gesellschaft umfasst. Wo sich Menschen gemeinsam engagieren und füreinander da sind, ist kein Platz für Intoleranz und Gewalt. Diese Orte finden wir in Sachsen allerorts: im Sportverein oder in der Kirchgemeinde, in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Mehrgenerationenhaus, in einer politischen Partei oder Bürgerinitiative. Viele tausend Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit. Sie machen Sachsen stark. Sachsen braucht ein starkes bürgerschaftliches Engagement. Darum unterstützen wir das Ehrenamt. Die Förderung "Wir für Sachsen" ist bundesweit einmalig und wird durch uns fortgeführt.

Wir werden die vielen freien Träger in Sachsen, insbesondere in der Wohlfahrtspflege, stärken. Sie brauchen stabile Rahmenbedingungen, auf die sie sich verlassen können. Freie Träger sind keine Bittsteller, sondern sie erfüllen gesellschaftlich notwendige Aufgaben. Wir wollen sie daher stärker als bisher institutionell fördern. Denn Wohlfahrt kann nicht allein durch Ausschreibungen oder Wettbewerbe geregelt werden.

Der Jugendhilfe kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: Wir möchten allen Kindern und Jugendlichen in Sachsen gleiche Chancen bieten, ihre Fähigkeiten umfassend zu entfalten, einen eigenen Lebensweg zu finden, sich in der Gesellschaft zu engagieren und an gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen. Der Abbau sozialer Ungleichheit, die allgemeine Förderung junger Menschen und der Ausgleich besonderer Benachteiligungen durch individuelle Angebote und Leistungen gehören zu einer modernen, offensiven Jugendhilfe.

Um eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Kinder- und Jugendhilfe abzusichern, werden wir die gesetzlichen Vorgaben verbindlicher festschreiben. Neben verlässlichen Bedingungen und Kontinuität braucht die Kinder- und Jugendförderung auch Raum für Pilotprojekte und neue Ansätze.

In Sachsen zu Hause

Familie, Arbeitsplatz und Lebensumfeld in den Städten, Gemeinden und Regionen sind wichtige Erfahrungsräume, die die Menschen zusammenführen und mit denen sie sich identifizieren. Sie sind Wurzeln und Kraftquellen - und das heißt Heimat im besten Sinne. Diese Integrationskraft wollen wir stärken und allen an ihren Lebensorten Chancen der Teilhabe und Zukunftsperspektiven geben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Das eine richtige Lebensmodell für Frauen und Männer gibt es nicht. Deshalb werben wir für ein differenziertes Frauenund Männerbild. Denn alle Menschen sollen in Sachsen unterschiedliche Lebensentwürfe und Ideen gleichberechtigt miteinander leben können.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch immer nicht erreicht. Wir werden das Sächsische Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz weiterentwickeln und damit ein zeitgemäßes Instrument der Frauenförderung schaffen. Die Arbeit der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten werden wir tatkräftig unterstützen.

Wir werden außerdem das vor 10 Jahren von der SPD-geführten Bundesregierung durchgesetzte Lebenspartnerschaftsgesetz in Richtung einer echten Gleichstellung von eingetragenen Lebensgemeinschaften weiterentwickeln.

Für uns sind lebenswerte Städte, Gemeinden und Regionen für alle Generationen wichtig. Wir wollen, dass gerade junge Menschen die Welt kennen lernen. Wir wollen aber auch, dass sie gern in ihre sächsische Heimat zurückkehren, dass sie hier leben, arbeiten und Familien gründen können. Und das nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern und ländlichen Regionen. Wir wollen Bedingungen schaffen, die zum Bleiben ermutigen.

Darum ist die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Erhöhung der Lebensqualität in den Regionen ein wichtiges Anliegen sozialdemokratischer Landespolitik. Voraussetzung dafür ist eine angemessene und bezahlbare Infrastruktur in den Städten und Gemeinden. So wollen wir beispielsweise Härten abfedern, die sich aus neuen Auflagen zur Abwasserentsorgung ergeben (Kleinkläranlagenzuschuss). Und wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Ort in Sachsen Anschluss an leistungsfähige Datennetze erhält (Breitbandversorgung).

Zum menschlichen Leben gehören urbane und naturnahe Kulturlandschaften. Wir wollen die Menschen stark machen, die im ländlichen Raum die Landschaft pflegen und Nahrungsmittel gewinnen. Unsere Landwirte verdienen faire Chancen inmitten Europas. Im Wandel der Zeiten haben die Menschen Landwirtschaft auf unterschiedlich intensive und natürliche Ressourcen verzehrende Weise betrieben. Heute kennen wir die Möglichkeiten und können sie uns leisten, Landbau im Einklang mit der Natur zu betreiben. Eine besonders konsequente Umsetzung dieses Prinzips ist der ökologische Landbau, den wir weiter ausbauen wollen.

Sportland Sachsen

Sachsen verfügt über großartige Traditionen und Erfolge im Spitzen- und Breitensport. In zahlreichen Vereinen und im ungebundenen Freizeitsport sind tausende Kinder, Frauen und Männer sportlich aktiv. Vereine, Trainer und Betreuer leisten eine wichtige Arbeit – auch für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir halten an der Einführung eines Sportfördergesetzes fest, um den Kommunen und allen engagierten Sportlerinnen und Sportlern verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten zu geben.

Aktiv im Alter

Es gibt immer mehr Ältere, die mit ihren ganzen Erfahrungen und Ideen unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft sind. Das Bild vom Alter hat sich geändert: Sie sind fit, aktiv und mobil, sie engagieren sich vielfältig im Ehrenamt. Die älter werdende Gesellschaft ist Herausforderung und Chance zugleich. Wir werden in den sächsischen Städten und Gemeinden die Bedingungen für das Wohnen, für die Mobilität und die Versorgung im Interesse der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen weiter verbessern.

Die Älteren unter uns dürfen nicht das Gefühl haben, alleingelassen zu werden. Sie haben ein Recht auf ein attraktives und abgesichertes Lebensumfeld. Wir werden deshalb eine wohnortnahe Infrastruktur für kulturelle und sportliche Aktivitäten sowie Bildungsangebote fördern und die gesundheitliche Betreuung in Stadt und Land gewährleisten.

Die Sicherung der medizinischen Versorgung, ambulante und hauswirtschaftliche Hilfen, qualifizierte Pflege, die finanzielle Absicherung und die menschliche Zuwendung stellen uns vor neue sozialpolitische Herausforderungen. Die sächsische SPD spricht sich für Pflegestützpunkte in Sachsen aus, die kassen- und trägerübergreifend an den vorhandenen Strukturen anknüpfen und einen hochwertigen Service zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen anbieten. Entsprechend unserem Leitbild der aktiven Selbständigkeit auch im Alter wollen wir, dass Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Wir wollen, dass flexible Wohnformen bis hin zu Mehrgenerationenhäusern auch für pflegebedürftige Menschen zur Verfügung stehen.

Wir werden eine flächendeckende medizinische Versorgung in Sachsen dauerhaft sichern. Hierzu ist die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen ebenso gefordert, wie Land und Kommunen. Deshalb wollen wir einen Runden Tisch einrichten, an dem alle Beteiligten gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung auf den Weg bringen.

Für die flächendeckende medizinische Versorgung werden die Krankenhäuser eine zunehmend wichtige Rolle übernehmen. Es muss darum gehen, sie als Gesundheitszentren vor Ort zu etablieren. Deshalb werden wir die Finanzierung der Krankenhäuser auf hohem Niveau gewährleisten.

Die gewachsenen wirksamen Hilfsstrukturen und Hilfsnetze gerade für die Ärmsten der Gesellschaft bleiben mit uns gesichert. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung werden wir fortführen, um Maßnahmen und Initiativen zielgenauer ergreifen zu können. Armutsprobleme können nur mit einem koordinierten Hilfsnetz angegangen werden. Wir werden deshalb die Kooperation aller Beteiligten unterstützen. Die Strukturen der Sucht- und Drogenhilfe und der Schuldnerberatung werden wir weiterhin sichern.

Reiseland Sachsen

Sachsen verfügt über einzigartige Sehenswürdigkeiten und Landschaften. Der Tourismus ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Markenzeichen des Freistaates. In dieser Branche finden zehntausende Menschen Beschäftigung und Einkommen. Neben den traditionellen Urlaubsregionen und dem Städtetourismus entstehen im Leipziger Raum und in der Lausitz neue Ferienregionen, die Sachsen als Reiseland noch attraktiver machen. Wir werden die Entwicklung touristischer Angebote noch stärker unterstützen, die Servicequalität weiter fördern und das Reiseland Sachsen im In- und Ausland noch besser vermarkten.

Kulturland Sachsen

Kunst und Kultur erhöhen die Lebensqualität, verbinden die Menschen und stiften Identität. Kultur ist aber mehr: Sie ist auch Standortfaktor und Quelle wirtschaftlicher Wertschöpfung. Wir verstehen Kulturpolitik daher als Querschnittsaufgabe. Der Zugang zur Kultur muss jedem möglich sein; die Teilnahme am kulturellen Leben darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb werden wir Kindern und Jugendlichen in den Museen, Schlössern und Gärten in Trägerschaft des Freistaates freien Eintritt ermöglichen. Auch die Kulturschaffenden haben Anspruch auf angemessene Bezahlung. Wir wollen die reichen kulturellen Traditionen in Sachsen wahren und die kulturelle Vielfalt und künstlerische Freiheit als Basis einer demokratischen Gesellschaft sichern.

Durch das Kulturraumgesetz, mit dem Prinzip der solidarischen Finanzierung zwischen Kommunen und Freistaat, konnten wir eine kulturelle Infrastruktur auch und gerade in den ländlichen Regionen erhalten und weiterentwickeln. Wir haben das Kulturraumgesetz entfristet und die finanziellen Zuwendungen des Freistaates erhöht. Wir streben weiterhin die Dynamisierung der Mittel für die Kulturräume an. Die Kulturräume müssen in die Lage versetzt werden, ihre Theater und Orchester nach Tarif zu bezahlen. Nur so ist dauerhaft eine qualitative Theater- und Orchesterlandschaft in den Regionen zu sichern.

Für die Kulturwirtschaft sehen wir in Sachsen große Chancen. Mit dem ersten sächsischen Kulturwirtschaftsbericht haben wir 2009 eine solide Grundlage gelegt.

Kreativität entspringt der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Neben der Hochkultur sind die freie Szene, Kulturwerkstätten und soziokulturelle Einrichtungen wertvolle Orte neuer kultureller Entwicklungen. Sachsen ist ein Kulturland mit stolzen Traditionen – eine davon heißt Respekt und Offenheit gegenüber dem Neuen und Anderen.

Sachsen - ein guter Nachbar

Die geografische Lage unseres Landes bietet gute Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Polen und Tschechien. Wir sehen dabei nicht nur den wirtschaftlichen Gewinn, sondern wollen auch, dass sich die Menschen näher kommen. Neben den Möglichkeiten europäischer Förderprogramme wollen wir alle Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Umweltschutz unterstützen. Wir wollen das Erlernen der polnischen und tschechischen Sprache fördern.

Die Zusammenarbeit mit unseren benachbarten Bundesländern wollen wir auf allen Ebenen verbessern. Durch eine Vereinheitlichung der Genehmigungs- und Förderverfahren werden wir die Entwicklung eines mitteldeutschen Wirtschaftsraumes unterstützen

Wir bewegen Sachsen.

Die sächsische SPD trägt seit 2004 Regierungsverantwortung im Freistaat. Wir haben Sachsen bewegt. Wir haben angepackt: für die Menschen, für das Land.

Heute steht Sachsen besser da als vor fünf Jahren: Das Land ist sozial gerechter geworden, die Wirtschaft wächst und die Demokratie wurde gestärkt.

Aber wir haben noch viel vor:

- Wir wollen eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss gestalten, damit alle Gute Arbeit haben.
- Wir wollen die beste Bildung für Sachsen, damit alle bessere Chancen und sichere Perspektiven haben.
- Wir wollen ein demokratisches Sachsen, damit alle Freiheit und Solidarität im Alltag erleben.

Wir wollen ein Land, in dem die Starken für die Schwachen einstehen, und in dem den Schwachen geholfen wird, stark zu werden. Darum werden wir auch weiterhin die wirtschaftliche Dynamik unterstützen, für soziale Gerechtigkeit sorgen und das solidarische Zusammenleben der Menschen fördern.

Wir stärken die Menschen, indem wir für mehr Chancen in ihrem Leben sorgen und ihnen neue Wege öffnen. Das nutzt nicht nur dem Einzelnen, das macht unser ganzes Land stark.

Wir überlassen das Beharren und Lamentieren, den Egoismus und den Populismus den anderen. Unsere Kraft gehört denen, die mittun und dabei helfen, Sachsen stärker, moderner und sozialer zu machen.

Wir werden anpacken.
Wir werden die Zukunft gestalten.
Für die Menschen. Für Sachsen.

